

Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit dem **Antrag auf Erteilung nach § 12 Abs. 1 S. 1 Prostituiertenschutzgesetz (Betrieb eines Prostitutionsgewerbes)** (32.1-028) werden bei Ihnen personenbezogene Daten erhoben. Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig
Tel.: 0531 470-1
Mail: stadt@braunschweig.de

2. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten der/des behördlichen Datenschutzbeauftragten lauten:

Behördliche Datenschutzbeauftragte
Fachbereich Zentrale Dienste
Bohlweg 30
38100 Braunschweig
Tel.: 0531 470-2425
Mail: datenschutz@braunschweig.de

3. Angaben zur datenerhebenden Stelle:

Stadt Braunschweig
Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit
Ordnungsamt
Richard-Wagner-Str. 1
38106 Braunschweig
Mail: gewerbe.ordnung@braunschweig.de

4. Angaben zur Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
Prinzenstr. 5
30159 Hannover
Tel.: 0511 125-4500
Mail: poststelle@lfd-niedersachsen.de

5. Zwecke/Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

- a) Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen des Antrages auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 12 Abs. 1 S. 1 Prostituiertenschutzgesetz erhoben und verarbeitet.

<p>b) Rechtsgrundlage/n für die Verarbeitung Ihrer Daten sind Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe c) DSGVO sowie § 34 Abs. 1 Prostituiertenschutzgesetz</p>
<p>6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 5. bereits dargestellt ist)</p> <p>Stadt Braunschweig, Ordnungsamt Polizei</p>
<p>7. Übermittlung an ein Drittland (außerhalb der EU) oder eine internationale Organisation</p> <p>Es findet keine Übermittlung an ein Drittland statt.</p>
<p>8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer</p> <p>Bei Erlaubniserteilung: Solange die Erlaubnis gültig ist. Bei Versagung oder Widerruf: 10 Jahre gerechnet ab dem 1. Januar des auf die Versagung oder den Widerruf folgenden Jahres, aber nur, wenn Versagung oder Widerruf nicht wegen Unzuverlässigkeit erfolgten; bei Unzuverlässigkeit dauerhaft bis die Entscheidung über die Versagung oder den Widerruf durch eine andere Entscheidung gegenstandslos wird, längstens jedoch bis zur Vollendung des 80. Lebensjahres.</p>
<p>9. Rechte der Betroffenen</p> <p>Bei der Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:</p> <ul style="list-style-type: none">- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)- Recht auf Berichtigung/Vervollständigung (Art. 16 DSGVO)- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)
<p>10. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde</p> <p>Sie haben das Recht, bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 4 dieses Bogens.</p>
<p>11. Pflicht zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten</p> <p>Diese Pflicht ergibt sich aus den unter Punkt 5 genannten Rechtsvorschriften. Sofern Sie dieser Pflicht nicht nachkommen, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet bzw. muss er abgelehnt werden.</p>

Absenderin/Absender

Stadt Braunschweig
Fachbereich Bürgerservice,
Öffentliche Sicherheit
Abt. Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten
Richard-Wagner-Straße 1
38106 Braunschweig

Hinweise:

Pflichtfelder sind mit * gekennzeichnet;
zutreffendes bitte ankreuzen.

Sofern der vorgesehene Platz im Formular nicht
ausreicht, fügen Sie die Angaben bitte auf einem
gesonderten Blatt bei.

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 12 Absatz 1 Satz 1 des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG)

(Betrieb eines Prostitutionsgewerbes)

1. Angaben zur Antragstellerin/zum Antragsteller oder zur Vertreterin/zum Vertreter einer juristischen Person:

Ggf. Firmenbezeichnung (z. B. Einzelfirma, Name der GmbH, Name der Partner einer GbR o. ä.)

Anrede, Vor- und Nachname (bei einer juristischen Person Angabe des Geschäftsführers oder vergleichbaren Personen, bei Personengesellschaften ist ein Antrag für jede Gesellschafterin/jeden Gesellschafter notwendig) *

ggf. Geburtsname

Staatsangehörigkeit(en) *

Geburtsdatum *

Geburtsort und -land *

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) des 1. Wohnsitzes *

Telefon geschäftlich *

Telefon privat (freiwillige Angabe)

Wohnungen in den letzten 5 Jahren (falls abweichend vom jetzigen Wohnsitz):

Zeitraum

Anschrift(en)

_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

32.1-028
13.12.2017

Wurde bereits ein Antrag auf Gewerbeerlaubnis gestellt? *

ja nein

Falls ja, Angabe der Behörde, des Antragsdatums und des Ergebnisses:

Waren Sie in den letzten fünf Jahren als Einzelgewerbetreibende/Einzelgewerbetreibender oder persönlich haftende Gesellschafterin/haftender Gesellschafter einer Personengesellschaft (z. B. OHG, KG, GbR) selbständig gewerblich tätig oder waren Sie vertretungsberechtigte Person einer Kapitalgesellschaft (z. B. Geschäftsführerin/Geschäftsführer einer GmbH)? *

ja nein

Falls ja:

Zeitraum

Art und Anschrift des Betriebes

Zeitraum	Art und Anschrift des Betriebes
<hr/>	<hr/>
<hr/>	<hr/>
<hr/>	<hr/>
<hr/>	<hr/>

2. Persönliche Zuverlässigkeit:

Ist ein Strafverfahren anhängig? *

ja nein

Falls ja, Angabe der ermittelnden Behörde und des Aktenzeichens:

Sind Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit anhängig? *

ja nein

Falls ja, Angabe der ermittelnden Behörde und des Aktenzeichens:

Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren gemäß § 35 der Gewerbeordnung oder ein Verfahren zur Rücknahme oder zum Widerruf einer Gewerbeerlaubnis anhängig? *

ja nein

Falls ja, Angabe der zuständigen Behörde und des Aktenzeichens:

Sind oder waren Sie Mitglied in einem Verein, der nach dem Vereinsgesetz als Organisation unanfechtbar verboten wurde oder der einem unanfechtbaren Betätigungsverbot unterliegt? *

ja nein

Falls ja, Angaben des Vereins, ggf. der Mitgliedsnummer und ggf. des Austrittsdatums:

3. Angaben zum Betrieb:

(Falls die vorhandenen Schreibfelder nicht ausreichen, fügen Sie bitte ein gesondertes Blatt bei.)

Art des geplanten Gewerbes: *

Betrieb einer Prostitutionsstätte (§ 2 Abs. 3 Nr. 1 ProstSchG)

Bereitstellung eines Prostitutionsfahrzeuges (§ 2 Abs. 3 Nr. 2 ProstSchG)

Organisation oder Durchführung von Prostitutionsveranstaltungen
(§ 2 Abs. 3 Nr. 3 ProstSchG)

Betrieb einer Prostitutionsvermittlung

Anschrift(en) der Niederlassung(en) und Erreichbarkeit Ihres Betriebes:

Niederlassung/Hauptniederlassung:

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) des Betriebes *

ggf. Betriebsname

Telefon, ggf. Telefax *

E-Mail

Es bestehen weitere Niederlassungen: * ja nein

falls ja:

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) der weiteren Niederlassung

1.

ggf. Betriebsname der weiteren Niederlassung

Telefon, ggf. Telefax

E-Mail

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) der weiteren Niederlassung

2.

ggf. Betriebsname der weiteren Niederlassung

Telefon, ggf. Telefax

E-Mail

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) der weiteren Niederlassung

3.

ggf. Betriebsname der weiteren Niederlassung

Telefon, ggf. Telefax

E-Mail

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) der weiteren Niederlassung

4.

ggf. Betriebsname der weiteren Niederlassung

Telefon, ggf. Telefax

E-Mail

3. Angaben zum Betrieb (Fortsetzung):

Mit der Leitung des Betriebs wird beauftragt:

(falls abweichend von der natürlichen Person der Antragstellerin/des Antragstellers)

Betriebsleiterin/Betriebsleiter:

Anrede, Vorname, Name

ggf. Geburtsname

Geburtsdatum

Geburtsort und -land

Staatsangehörigkeit(en)

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) des 1. Wohnsitzes

4. Erklärungen

Dieser Anzeige habe ich weitere Anlagen beigelegt: *

ja

nein

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

Ich bin damit einverstanden, dass die in diesem Antrag aufgeführten Behörden die für die Bearbeitung erforderlichen Auskünfte erteilen und Akteneinsicht gewähren.

Datum

Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers
Bei juristischen Personen der/des Vertretungsberechtigten